Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/1056

21. 10. 77

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 26. Oktober 1977
am Donnerstag, dem 27. Oktober 1977

Seite

Buchdruckerei P. Meier, 5205 St. Augustin 1 - Buisdorf, Tel. (0 22 41) 6 10 71
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 53 Bonn-Bad Godesberg 1, Postfach 821, Goethestraße 56, Tel. (0 22 21) 36 35 51

A. Mündliche Fragen gemäß I. der Richtlinien

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

1. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)

Gibt es für Bewohner der Bundesrepublik Deutschland bei Reisen in die DDR eine Rechtssicherheit, die derjenigen entspricht, wie sie auf Grund der sogenannten „Kohrtschen Erklärung" für Bewohner von Berlin-West hinsichtlich der Wiederausreise aus der DDR besteht?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

2. Abgeordneter **Engelsberger** (CDU/CSU)

Ist es zutreffend, daß Bundeskanzler Schmidt in der Konsultation vom 18. Oktober 1977 mit Premierminister Callaghan eine Vorentscheidung für Culham und gegen Garching für die europäische Kernforschungsanlage Joint European Torus (JET) getroffen hat, mit der Folge, daß die Bundesrepublik Deutschland auf dieses wissenschaftlich und wirtschaftlich wichtige Forschungsprojekt verzichtet hat, und welche Gründe waren gegebenenfalls dafür entscheidend, trotz eines Finanzierungsanteils von 60 v. H. und eines optimalen Standorts für das Projekt in Garching?

3. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Inwieweit und für welche Sektoren berücksichtigt die Bundesregierung in ihrer Forschungs- und Technologiepolitik die in Band 4 des für das Bundesministerium für Forschung und Technologie erstellten Gutachtens des Ifo-Instituts „Entwicklungstendenzen der Produktions- und Fertigungstechnik in der Bundesrepublik Deutschland" angeführten Schlußfolgerungen für ein Förderungsprogramm „Produktions- und Fertigungstechnik"?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

4. Abgeordneter **Jahn (Marburg)** (SPD)

Wann ist mit der Anerkennung eines eigenen Berufs des Maschinenformers und des Gießereiwerkers zu rechnen?

5. Abgeordneter **Jahn (Marburg)** (SPD)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, auf eine schnellere Anerkennung neuer Berufsbilder hinzuwirken?

6. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Steht die Bundesregierung zu der Aussage des Bundesministers Dr. Ehrenberg, die er am 10. Oktober 1977 vor der Studien- und Fördergesellschaft der schleswig-holsteinischen Wirtschaft machte, wonach 1978 ein gutes Prozent mehr Wirtschaftswachstum als 1977 zu erwarten ist, und auf welchen Berechnungen beruht diese Aussage?

7. Abgeordneter **Thüsing** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung das starke Ansteigen der Ausbildungsangebote der Wirtschaft für Ausbildungsgänge, die nach dem Berufsbildungsgesetz nur für sogenannte Lernbehinderte vorgesehen sind, und welche Folgerungen wird sie daraus ziehen?

8. Abgeordneter **Walther** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die am 11. Oktober 1977 bei einem Vortrag vor der Industrie- und Handelskammer in Kassel von dem Präsidenten des Bundeskartellamts, Herrn Dr. Wolfgang Kartte, vorgetragene Äußerung, daß die Kartellrechtsnovelle des Jahrs 1973 auf dem Höhepunkt der Reformeuphorie beschlossen wurde und heute wohl so nicht mehr beschlossen werden würde, und was müßte gegebenenfalls nach Auffassung der Bundesregierung demgemäß heute anders beschlossen werden, insbesondere im Hinblick auch darauf, daß in dem gleichen Vortrag Präsident Kartte die Meinung geäußert hat, daß eine Fortentwicklung des Kartellrechts „Aplanierungen", um das Wort „Reparaturnovelle" zu vermeiden, bringen müsse?

9. Abgeordneter **Coppik** (SPD)

Hat die neue, massive Unterdrückungskampagne der südafrikanischen Regierung gegenüber schwarzen Bürgerrechtlern, Bürgerrechtsorganisationen und Zeitungen Auswirkungen auf die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung gegenüber der Republik Südafrika?

10. Abgeordneter **Meininghaus** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß den betroffenen Gemeinden ein erheblicher städtebaulicher Schaden entsteht, wenn die Ruhrkohle AG. gemäß dem Grundvertrag zur Neuordnung des Ruhrbergbaus beim Verkauf von Grundstücken aus dem Besitz der sogenannten Muttergesellschaften wirtschaftliche Belastungen, die wegen geringer Beleihbarkeit von Grundstücken mit Bergschadenverzicht und deshalb entsprechend niedriger Grundstückspreise entstehen, nicht zu tragen braucht und in fast allen Fällen einen Bergschadenverzicht fordert, und welche Maßnahmen wird sie gegebenenfalls ergreifen?

11. Abgeordneter **Meininghaus** (SPD)

Ist insbesondere die Praxis der Ruhrkohle AG vertretbar, bei Grundstücken der Bergwerkgesellschaften (Muttergesellschaften), die für den Wohnungsbau veräußert werden sollen, einen Bergschadenverzicht zu fordern, obwohl das darunter liegende Grubenfeld mit staatlichen Mitteln stillgelegt wurde und die Abbaueinwirkungen abgeklungen sind, oder besteht die Möglichkeit, für Wohnungsbaugrundstücke, die über stillgelegten Grubenfeldern liegen und für die Stillegungsprämien gezahlt wurden, den Bergschadenverzicht zu verbieten, höchstens einen sogenannten 10 prozentigen Minderwertsverzicht zuzulassen?

12. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Städte und Gemeinden in unmittelbarer Nähe der Zonengrenze und der Grenze zur CSSR seit Jahren eine ungewöhnliche und Besorgnis erregende Bevölkerungsabnahme zu verzeichnen haben, und ist die Bundesregierung bereit, diesen Städten und Gemeinden in unmittelbarer Grenznähe eine bevorzugte oder eine zusätzlich Förderung angedeihen zu lassen?

13. Abgeordneter **Lutz** (SPD)

Wieviel Arbeitsplätze in jeweils welchen Berufen werden durch das Investitionsvolumen von 17,7 Millionen DM wegrationalisiert, das laut Beschluß der zuständigen Vergabekommission unter Vorsitz des Bundeswirtschaftsministeriums mit ERP-Krediten an Presseunternehmen in Höhe von 7,8 Millionen DM gefördert wird?

14. Abgeordneter **Lutz** (SPD)

Sieht die Bundesregierung in dieser Förderung der Umstellung auf computergesteuerten Fotosatz im Druckereigewerbe einen Beitrag zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung, oder welche anderen wirtschaftspolitischen Ziele werden mit einer solchen Kreditvergabe verfolgt?

15. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)

In welchem Umfang wird die Bauwirtschaft gegenwärtig dadurch beeinträchtigt, daß qualifizierte Arbeitsplätze für sämtliche Berufsgruppen nicht besetzt werden können, weil entsprechende Arbeitskräfte fehlen?

16. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)

In welchem Ausmaß zieht der Mangel an qualifizierten Facharbeitern in der Bauwirtschaft auch andere Arbeitsplätze in Mitleidenschaft, und könnte durch eine von Fall zu Fall angewandte Lockerung des generellen Anwerbestopps für Arbeitnehmer aus Staaten, die nicht zur EG gehören, eine Verbesserung der Arbeitsmarktsituation insgesamt herbeigeführt werden?

17. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Warum verringert die Bundesregierung die Haushaltsansätze für betriebliche Investitionen 1978 zur Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen, statt sie kräftig, besonders im Zonenrandgebiet, aufzustocken, zumal auch der DGB Bayern in seiner Analyse der heutigen Situation die Sorge zum Ausdruck bringt, daß „sich eine weitere Verschlechterung der Situation des Zonengrenzlands im Verhältnis zu den übrigen Gebieten abzeichnet" und die Dramatik dieser Feststellung für das Zonenrandgebiet kaum stärker verdeutlicht werden kann als durch den Hinweis auf die außergewöhnlichen Arbeitsplatzverluste in jüngster Zeit bei den Bundeseinrichtungen „Deutsche Bundesbahn und Deutsche Bundespost", aber auch in der Privatwirtschaft, wo Dutzende von Unternehmen aufgeben oder schließen müssen, wobei stellvertretend auf die angekündigte Schließung des Osram-Zweigwerks in Neustadt an der Waldnaab verwiesen sei?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

18. Abgeordneter **Paintner** (FDP)

Liegen der Bundesregierung Informationen darüber vor, welche Bundesländer Vorbereitungen zur Durchführung eines Schulmilchprogramms treffen und die notwendigen Haushaltsmittel bereitstellen, um die von der EG bereitgestellten Mittel zur Förderung der Schulmilchspeisung in Anspruch nehmen zu können?

19. Abgeordneter **Müller (Schweinfurt)** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, dem Wunsch weiter Bevölkerungskreise entgegenzukommen und einen Tier- und Pflanzenschutzbeauftragten einzusetzen, der in direkter Zusammenarbeit mit den zuständigen Vereinen und Organisationen für eine verstärkte Anwendung des Tier- und Pflanzenschutzgesetzes Sorge trägt?

20. Abgeordneter **Dr. von Geldern** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung meine Ansicht, daß die große Unsicherheit in der Landwirtschaft beim Ankauf von Mischfutter gar nicht erst aufgetreten wäre, wenn der vom Ernährungsausschuß geäußerte Wunsch, auch weiterhin die offene Gemengteildeklaration im Interesse der landwirtschaftlichen Verbraucher anzuwenden, von der Futtermittelwirtschaft befolgt worden wäre, da derzeit vor allem bei Normtypmischfutter weder eine ausreichende Information über die Qualität des Mischfutters gegeben wird, noch ein Preisvergleich – auch bei freiwilliger Angabe aller Inhaltsstoffe – überhaupt möglich ist?

21. Abgeordneter **Dr. von Geldern** (CDU/CSU)

Sind der Bundesregierung wirtschaftliche Auswirkungen bekannt, die die geschlossene Gemengteildeklaration beim Mischfutter auf die Entwicklung der Märkte und auf die Agrarpolitik haben, wenn hierdurch der Einsatz von billigen Substituten des Weltmarkts im Mischfutter gefördert wird und damit u. U. inländische Getreideüberschüsse vom Staat mit großem Kostenaufwand interveniert werden müssen?

22. Abgeordneter **Kiechle** (CDU/CSU)

Wie begründet die Bundesregierung die Tatsache, daß in den Kerngebieten der benachteiligten Gebiete die Bauern einerseits wegen der schlechten Ertragslage dieser Regionen agrarstrukturelle Ausgleichsmittel erhalten, andererseits aber zur sogenannten Mitverantwortungsabgabe bei Milch herangezogen werden, und wird hierdurch nicht eine Maßnahme durch die andere wieder aufgehoben?

23. Abgeordneter **Kiechle** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung mit mir der Ansicht, daß in den Kerngebieten zumindest für das Dauergrünland die sogenannte Mitverantwortungsabgabe nicht erhoben werden sollte?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

24. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß ein Arbeitsloser bei einer Stellenvermittlung durch die Vermittlungsdienste der Bundesanstalt für Arbeit das Arbeitsplatzangebot ohne rechtliche Konsequenzen ablehnen kann, wenn das zuständige Arbeitsamt dem betreffenden Arbeitslosen keine Angaben über die genaue Uhrzeit und Dauer der Arbeitspausen für die zu vermittelnde Arbeit angibt, und kann der Arbeitslose bei Ablehnung dieses Angebots ohne die betreffenden Angaben weiterhin Arbeitslosengeld bzw. Arbeitslosenhilfe beziehen, und wenn ja, beabsichtigt die Bundesregierung, eine Änderung dieser Rechtslage herbeizuführen?

25.	Abgeordneter Milz (CDU/CSU)	Ist die Bundesregierung bereit, dafür Sorge zu tragen, daß in den Landkreisen, die in den letzten Jahren eine kommunale Neugliederung erfahren haben und verschiedenen Arbeitsamtsbezirken angehören, alle Arbeitslosen des jeweiligen Landkreises allen Arbeitsämtern bzw. Arbeitsamtsnebenstellen gemeldet werden, auch dann, wenn der betreffende Landkreis zwei oder mehreren Arbeitsamtsbezirken zugeordnet ist?
26.	Abgeordnete **Frau Krone-Appuhn** (CDU/CSU)	Wie viele Wehrpflichtige, die eine Erklärung nach § 25 a Abs. 1 des Wehrpflichtgesetzes abgegeben haben, sind bisher beim Bundesamt für den Zivildienst erfaßt, und wie viele davon sind bisher zum Zivildienst einberufen worden?
27.	Abgeordnete **Frau Krone-Appuhn** (CDU/CSU)	Treffen Pressemeldungen zu, wonach von den vom Bundesamt für den Zivildienst erfaßten Erklärenden nur 45 v. H. einberufen werden können, und welche Gründe sind hierfür gegebenenfalls maßgeblich?
28.	Abgeordneter **Dr. Kraske** (CDU/CSU)	Treffen Pressemeldungen zu, daß die Kriegsdienstverweigerer, die auf Grund der Übergangsvorschriften des Gesetzes zur Änderung des Wehrpflicht- und Zivildienstgesetzes am 1. August 1977 zivildienstpflichtig geworden sind, nur dann zum Zivildienst herangezogen werden, wenn sie arbeitslos sind oder wegen dringender persönlicher Gründe eine Einbeziehung zum Zivildienst wünschen?
29.	Abgeordneter **Dr. Kraske** (CDU/CSU)	Wenn ja, erfolgt die Nichtheranziehung des o. a. Personenkreises wegen fehlender Zivildienstplätze oder fehlender Verwaltungskapazität, oder welche anderen Gründe gibt es für die Nichtheranziehung?
30.	Abgeordneter **Würzbach** (CDU/CSU)	Wieviel Zivildienstplätze, aufgeschlüsselt nach Verbänden der Wohlfahrtspflege und sonstigen, stehen zur Verfügung, und wieviel davon sind Zivildienstplätze ohne Unterkunft?
31.	Abgeordneter **Würzbach** (CDU/CSU)	Wieviel der Zivildienstplätze sind derzeit sofort und uneingeschränkt zu besetzen, welche Gründe gibt es für die Nichtbesetzbarkeit von Zivildienstplätzen, und um wieviel handelt es sich dabei?
32.	Abgeordnete **Frau Tübler** (CDU/CSU)	Welchen Verbänden sind bisher gem. § 5 a Abs. 2 des Zivildienstgesetzes Verwaltungsaufgaben des Bundesamts für den Zivildienst übertragen worden, und gehört dazu auch ein eingetragener Verein „Betreuungsverband Zivildienst"?
33.	Abgeordnete **Frau Tübler** (CDU/CSU)	Handelt es sich bei dem Betreuungsverband um einen Verband, dem Dienststellen angehören im Sinne des § 5 a Abs. 2 des Zivildienstgesetzes, und um welche Dienststellen handelt es sich?
34.	Abgeordneter **Braun** (CDU/CSU)	Welche Konsequenzen kann und wird die Bundesregierung aus dem Ergebnis der Untersuchungen der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Unfallforschung ziehen, die ermittelte, daß der in Diskotheken und Tanzlokalen festgestellte Lärmpegel doppelt bis vierfach stärker ist als der als gesundheitsgefährdend festgelegte Lärmpegel am Arbeitsplatz?

35. Abgeordneter **Dr. Becker (Frankfurt)** (CDU/CSU)

Auf welche Gründe führt die Bundesregierung die deutlichen Überschüsse in der gesetzlichen Krankenversicherung im Jahr 1976 und im ersten Halbjahr 1977 zurück, ehe das Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetz überhaupt in Kraft trat?

36. Abgeordneter **Dr. Becker (Frankfurt)** (CDU/CSU)

Auf welche Weise gedenkt die Bundesregierung sicherzustellen, daß die nach § 368 p Abs. 1 Satz 2 RVO herauszugebenden Transparenzlisten nicht darauf hinauslaufen, den in den derzeit gültigen Arzneimittelrichtlinien aufgestellten Grundsatz faktisch in das Gegenteil verkehren, nach dem für die Wirtschaftlichkeit einer Arzneiverordnung vor dem Preis der therapeutische Nutzen entscheidend zu sein hat?

37. Abgeordneter **Dr. Voss** (CDU/CSU)

Wie groß ist die Zahl der Facharbeiter, die in den vergangenen 5 Jahren zu Technikern oder zu sonstigen Berufen umgeschult wurden, und wie viele von ihnen können heute aus Gründen der „Zumutbarkeit" nicht mehr als Facharbeiter vermittelt werden, obwohl sie als Techniker oder Angehörige eines anderen Berufs arbeitslos sind?

38. Abgeordneter **Dr. Voss** (CDU/CSU)

Wie hoch beziffert sich zur Zeit der fehlende Bedarf an Facharbeitern?

39. Abgeordnete **Frau Simonis** (SPD)

Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, § 4 Abs. 3 Nr. 1 des Schwerbehindertengesetzes so zu ändern, daß die Beschäftigungsquote für Schwerbehinderte nicht auf den Gesamtgeschäftsbereich eines Bundesministeriums und seiner nachgeordneten Behörden, sondern als jeweiliger Anteil für die einzelnen Dienststellen berechnet wird?

40. Abgeordnete **Frau Dr. Neumeister** (CDU/CSU)

Entspricht es der Absicht des Bundesarbeitsministeriums, bei der Zusammensetzung der Konzertierten Aktion eine Drittelparität zwischen Vertretern der Sozialpartner des Bundes, der Länder und Gemeinden sowie der Gesundheitsberufe herzustellen, und wie will die Bundesregierung gewährleisten, daß bei einer solchen Zusammensetzung die somit als Minderheit in der Konzertierten Aktion vertretenen Gesundheitsberufe bei Abgabe von Empfehlungen über Wachstumsdaten nicht bei jeder Abstimmung überstimmt werden können?

41. Abgeordneter **Kirschner** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß von ärztlichen und zahnärztlichen Organisationen als Informations- und Fortbildungslehrgänge deklarierte, mit Skifreizeiten und Mittelmeerreisen kombinierte, Arrangements durchgeführt und steuerlich abgesetzt werden, und welche Folgerungen zieht sie gegebenenfalls daraus?

42. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Welches ist das Maximum an Arbeitssuchenden, das von einer gewerblichen Vermittlungsstelle der Bundesanstalt für Arbeit (nicht Fachvermittlungsstelle), die keine außergewöhnlichen regionalen Besonderheiten aufweist, nach Ansicht der Bundesregierung ordnungsgemäß betreut werden kann?

43. Abgeordneter **Horstmeier** (CDU/CSU)

Treffen Pressemeldungen zu, daß die von den Bundesausschüssen der Ärzte und Krankenkassen dem Bundesarbeitsminister vorgelegten Richtlinien für die Bedarfsplanung in der kassenärztlichen Versorgung nicht den Absichten des Gesetzgebers entsprechen, wonach den Versicherten – und das trifft vor allem die ländlichen Räume – eine bedarfsgerechte ärztliche Versorgung in zumutbarer Entfernung zur Verfügung zu stellen ist (§ 368 Abs. 3 RVO)?

44. Abgeordneter **Horstmeier** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung der Meinung, daß bei dieser Bedarfsplanung der Bestand an Ärzten der verschiedensten Disziplinen ausschlaggebender Maßstab sein kann?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

45. Abgeordneter **Dr. Mertes (Gerolstein)** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Forderung, die Produktion der Neutronenwaffe solle – wenn überhaupt – frühestens dann eingeleitet werden, wenn geklärt ist, ob die Sowjetunion und ihre Verbündeten im Rahmen der Ost-West-Verhandlungen über Rüstungssteuerung (arms control), insbesondere bei den Wiener Truppenabbauverhandlungen (MBFR), bereit ist, einen Preis für den Verzicht auf eine Nichtproduktion der Neutronenwaffe zu zahlen?

46. Abgeordneter **Dr. Mertes (Gerolstein)** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Auffassung der Nordatlantischen Versammlung (Empfehlungsentwurf vom 22. September 1977) zum Thema MBFR, in Wien hätten bisher lediglich Gespräche (talks) stattgefunden, daß aber „genügend Material geklärt worden ist, um zu gestatten, daß die Wiener Gespräche sich zu Verhandlungen für eine Initialvereinbarung (initial agreement) in einer vorausschaubaren Zeit entwickeln"?

47. Abgeordneter **Stahlberg** (CDU/CSU)

Über wieviel Anträge auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer war am 1. August 1977 noch nicht unanfechtbar entschieden, und wie viele der Antragsteller gelten auf Grund des Gesetzes zur Änderung des Wehrpflicht- und Zivildienstgesetzes als Kriegsdienstverweigerer, die anstelle des Wehrdienstes Zivildienst leisten müssen?

48. Abgeordneter **Stahlberg** (CDU/CSU)

Wieviel Personalunterlagen des o. a. Personenkreises sind von den Kreiswehrersatzämtern dem Bundesamt für den Zivildienst übersandt worden?

49. Abgeordneter **Löher** (CDU/CSU)

Wie viele Wehrpflichtige haben seit dem 1. August 1977 den Wehrdienst verweigert, aufgeschlüsselt nach Erklärenden, antragstellenden Soldaten, einberufenen, vorbenachrichtigten und gedienten Wehrpflichtigen?

50. Abgeordneter **Löher** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß bei ungedienten Wehrpflichtigen, die zum Wehrdienst einberufen sind und den Kriegsdienst verweigern, der Einberufungsbescheid aufgehoben wird und diese Wehrpflichtigen als Erklärende behandelt werden, obwohl § 25 b Abs. 1 des Wehrpflichtgesetzes ein Prüfungsverfahren zwingend vorschreibt?

51. Abgeordneter **Weiskirch (Olpe)** (CDU/CSU)

Über wieviel Anträge von Wehrpflichtigen, die nach § 25 b Abs. 1 des Wehrpflichtgesetzes gestellt worden sind, wurde bisher entschieden, und wie viele der Antragsteller hiervon sind als Kriegsdienstverweigerer anerkannt worden?

52. Abgeordneter **Weiskirch (Olpe)** (CDU/CSU)

Wie viele antragstellende Soldaten sind bisher nach § 25 a Abs. 2 des Wehrpflichtgesetzes ohne Prüfungsverfahren in den Zivildienst überführt worden, weil das Verbleiben im Wehrdienst eine unzumutbare Härte für sie bedeutet hätte?

53. Abgeordneter **Peter** (SPD)

Hält der Bundesverteidigungsminister den zur Zeit bestehenden Traditionserlaß für überarbeitungsreif, und wenn ja, bis wann ist mit einem neugefaßten Erlaß zu rechnen?

54. Abgeordneter **Thüsing** (SPD)

Trifft es zu – wie in einer vom Pressedienst Demokratische Initiative herausgebrachten Dokumentation dargestellt –, daß Abordnungen der Bundeswehr in den vergangenen vier Jahren an mindestens 50 Treffen der „Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der Soldaten der ehemaligen Waffen-SS" (HIAG) sowie an Zusammenkünften der „Jungen Nationaldemokraten" (JN), der „Wiking-Jugend" und des „Bundes Heimattreuer Jugend" (BHJ) teilgenommen haben, und wie beurteilt die Bundesregierung die Teilnahme der Bundeswehrangehörigen an diesen Treffen angesichts der jüngsten antisemitischen und neonazistischen Vorfälle in Bundeswehrhochschulen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

55. Abgeordneter **Krockert** (SPD)

Aus welchem Grund wird bei verpacktem Brot und anderen verpackten Backwaren nicht die Angabe eines Haltbarkeitsdatums vorgeschrieben?

56. Abgeordneter **Egert** (SPD)

Kann die Bundesregierung bestätigen, daß innerhalb der EG Bestrebungen bestehen, das von deutschen Verbrauchern als gesundheitsbedenklich abgelehnte Spinchiller-Verfahren zur Behandlung von Geflügelfleisch erneut für ein weiteres Jahr zuzulassen, und was beabsichtigt sie gegebenenfalls im Interesse des gesundheitlichen Schutzes der Verbraucher zu tun, um dieser Entwicklung entgegenzutreten?

57. Abgeordneter **Kirschner** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Ansicht, daß die Zulassung als Röntgenfacharzt zur Zeit völlig ungenügend geregelt ist, da bisher keine gesetzlich geregelte Ausbildungsverordnung vorliegt, sondern nur der Nachweis des Besuchs eines Kurslehrgangs genügt, um eine dementsprechende Bescheinigung zu bekommen, und wenn ja, was gedenkt die Bundesregierung dagegen zu tun, und ist die Regierung nicht auch der Auffassung, daß im Interesse der Patienten hier eine gesetzliche Regelung erforderlich ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

58. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Welche Konsequenzen, insbesondere für den Finanzierungsmodus, werden auf Grund der Entscheidung des Deutschen Verkehrs-Sicherheitsrates (DVR), gegen die Stimmen des Verkehrsministeriums öffentliche Mittel nicht an den Kinder-Verkehrs-Club der Deutschen Verkehrswacht zu geben, sondern dafür eine Winterbroschüre (2 Millionen Auflage) der Stiftung „Sicherheit im Ski-Sport" zu finanzieren, erwogen, und wie läßt sich diese Entscheidung mit der Absicht der Bundesregierung vereinbaren, die Kinder-Verkehrserziehung vorrangig zu fördern?

59. Abgeordneter **Ludewig** (FDP)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Einführung der Folienlösung für Autokennzeichen, wenn diese ausschließlich in der Bundesrepublik Deutschland, nicht aber im übrigen Europa eingeführt wird?

60. Abgeordneter **Ludewig** (FDP)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die Folienlösung in ganz Europa einzuführen?

61. Abgeordneter **Josten** (CDU/CSU)

Welche stillgelegten Bahnstrecken wird die Deutsche Bundesbahn in ihrem Besitz behalten, um bei einer Veränderung der Verkehrssituation diese Strecken wieder in Betrieb nehmen zu können?

62. Abgeordneter **Dr. Enders** (SPD)

Welche Zahlen liegen der Bundesregierung über den Wagenladungsverkehr der Deutschen Bundesbahn für das Jahr 1977 vor, und wie haben sie sich gegenüber dem Vorjahr entwickelt?

63. Abgeordneter **Dr. Enders** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung den Bau der Schnellbahntrasse Nord–Süd, nachdem die Deutsche Bundesbahn in ihrer Prognose für die Jahre 1978 bis 1981 die Güterverkehrserträge um 6 Milliarden DM nach unten korrigiert hat und im gleichen Zeitraum im Personenverkehr 1,8 Milliarden DM weniger erwartet als geplant?

64. Abgeordneter **Dr. Schmidt (Gellersen)** (SPD)

Fallen unter das Güterkraftverkehrsgesetz (GüKG) auch landwirtschaftliche Zugmaschinen, die gemäß § 2 Ziff. 6 des Kraftverkehrsteuergesetzes von 1961 steuerlich befreit sind, und warum werden diese landwirtschaftlichen Zugmaschinen nicht unter § 4 Abs. 1 GüKG bzw. in den Katalog der Verordnungen über die Befreiung bestimmter Beförderungsfälle von den Bestimmungen des GüKG aufgenommen?

65. Abgeordneter **Dr. Schmidt (Gellersen)** (SPD)

Ist gegebenenfalls beabsichtigt, die Freistellungsverordnung nach § 4 GüKG dahin gehend zu erweitern, daß Beförderungen zwischen zwei landwirtschaftlichen Betrieben eines Eigentümers in die Freistellung einbezogen werden?

66. Abgeordneter **Hoffie** (FDP)

Welche Gutachten über den Rhein-Main-Donau-Kanal hat der Bund bzw. welche Gutachten in dieser Sache sind der Bundesregierung bekannt geworden, und zu welchen Ergebnissen sind diese Untersuchungen gegebenenfalls gekommen?

67. Abgeordneter **Hoffie** (FDP)

Auf welche Höhe belaufen sich die zu erwartenden Ertragseinbußen der Deutschen Bundesbahn bei Realisierung der Main-Donau-Verbindung, und inwieweit sind Ertragseinbußen bei der deutschen Binnenschiffahrt durch östliche Schiffahrtsunternehmen nach Fertigstellung des Kanals in den Untersuchungen der Bundesregierung berücksichtigt worden?

68. Abgeordneter **Cronenberg** (FDP)

Wie teilen sich die Kosten von 25 000 DM monatlich für den DB-Kundenbrief, bei welcher Auflagenhöhe, auf, und handelt es sich hierbei nur um Druck- und Versandkosten oder sind Redaktions-, Verlags- und Versandkosten miteinbezogen?

69. Abgeordneter **Cronenberg** (FDP)

Welche Kosten und Ergebnisse haben die repräsentativen Leserbefragungen ergeben?

70. Abgeordneter **Broll** (CDU/CSU)

Treffen Pressemeldungen zu, die besagen, daß Bundesverkehrsministerium habe sich mit verschiedenen Fluggesellschaften darauf geeinigt, daß bei Charterflügen in Feriengebieten nur stichprobenartige Sicherheitskontrollen durchgeführt werden sollen?

71. Abgeordnete **Frau Erler** (SPD)

Wie erklärt die Bundesregierung die Tatsache, daß trotz Wirtschaftsboykotts die Lufthansa ein Büro in Salisbury, Rhodesien, unterhält und laut ihrem eigenen Katalog nicht nur Passagiere, sondern auch Güter transportiert?

72. Abgeordnete **Frau Erler** (SPD)

Wie hoch sind die Löhne der von der Lufthansa in Rhodesien beschäftigten schwarzen Afrikaner?

73. Abgeordneter **Immer (Altenkirchen)** (SPD)

Kann die Bundesregierung bestätigen, daß die Möglichkeit besteht, einen Teil der im Land Nordrhein-Westfalen im Augenblick nicht verwendungsfähigen Mittel des Bundesfernstraßenbaus für Projekte in Rheinland-Pfalz nutzbar zu machen, und um welche Größenordnungen handelt es sich gegebenenfalls dabei?

74. Abgeordnete **Frau Hoffmann (Hoya)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, die in der Antwort auf meine Frage vom August in bezug auf vorsorgende Maßnahmen zur besseren Abwicklung des Urlaubsverkehrs angekündigten Ergebnisse des für unmittelbar nach Abschluß der Reisezeit geplanten umfassenden Erfahrungsaustausches mit allen Beteiligten der Öffentlichkeit umgehend mitzuteilen?

75. Abgeordnete **Frau Hoffmann (Hoya)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung darauf vorbereitet, daß auf Grund der jetzigen Ferienplanungen der einzelnen Bundesländer und des benachbarten Auslands es 1978 wieder an zwei Wochenenden zu chaotischen Zuständen auf den Bundesautobahnen und Bundesfernstraßen kommen wird, da am Donnerstag vor dem Wochenende vom 28. bis 30. Juli 1978 in Niedersachsen, Bremen, Berlin und Bayern die Ferien beginnen und am 28. Juli 1978 in Baden-Württemberg die Ferien enden, und am Wochenende vom 1. bis 3. September 1978 die Ferien in Hamburg, Hessen, Saarland, Belgien und einem Teil von Österreich und am 6. September 1978 in Niedersachsen enden?

76. Abgeordneter **Dr. Hubrig** (CDU/CSU)

Liegen der Bundesregierung Ergebnisse über Unfälle und Folgeschäden vor, die auf die unmöglichen Zustände während der Reparaturarbeiten im September/Oktober 1977 auf der Autobahn A 7 (Hamburg—Kassel, Kassel—Hamburg) zurückzuführen sind, und ist die Bundesregierung bereit, aus diesen unmöglichen Verkehrsverhältnissen, die vor allem durch eine einspurige Verkehrsführung entstanden sind, in der Zukunft Konsequenzen zu ziehen?

77. Abgeordneter **Wüster** (SPD)

Trifft es zu, daß — wie in der Wirtschaftswoche Nr. 41 behauptet — die Installationen von Zeittakteinrichtungen durch die Deutsche Bundespost in spätestens fünf bis zehn Jahren Schrott sind?

78. Abgeordneter **Wüster** (SPD)

Wie liegt der Planzeitpunkt zur Einführung des elektronischen Wählsystems im Telephonbereich der Deutschen Bundespost?

79. Abgeordneter **Dr. Dollinger** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Gebühren für Nebenstellenanlagen erhöht werden sollen, und wie ist dies gegebenenfalls vereinbar mit den wiederholten Erklärungen von Bundespostminister Gscheidle, daß die Fernmeldegebühren bis in die 80ger Jahre hinein stabil bleiben sollen?

80. Abgeordneter **Dr. Schneider** (CDU/CSU)

Welche übergeordneten Gründe haben die Deutsche Bundespost bewogen, in Konkurrenz und mit existenzbedrohender Wirkung zu Lasten kleiner Unternehmen und Einzelhandelsgeschäfte den Vertrieb von Verpackungsmaterial aufzunehmen, trifft es zu, daß das von der Deutschen Bundespost angebotene Verpackungsmaterial unter den Gestehungskosten angeboten wird, und welche Möglichkeiten bestehen für die Deutsche Bundespost, das von ihr angebotene Verpackungsmaterial über den Einzelhandel vertreiben zu lassen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

81. Abgeordneter **Höpfinger** (CDU/CSU)

Zu welchem Ergebnis haben die Beratungen des vom Bundeskanzler eingesetzten Staatssekretärausschusses hinsichtlich des Problems der Zwischenlagerung von abgebrannten Uranbrennelementen aus Kernkraftwerken im Bereich Wertingen/Schwaben geführt?

82. Abgeordneter **Höpfinger** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung mehrerer Landes- und Kommunalpolitiker im Raum Augsburg/Schwaben, die besagt, daß wegen mehrerer bereits vorhandener risikoträchtiger Anlagen eine Zwischenlagerung von Atommüll im Raum Wertingen unvertretbar sei, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

83. Abgeordneter **Menzel** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, bis zu welchem Grad durch industriell betriebene Rauchgasentschwefelungsanlagen Rauchgas entschwefelt wird, ob diese Anlagen in Dauerbetrieb funktionieren und ob die Kosten der Rauchgasentschwefelung ab einem bestimmten Entschwefelungsgrad progressiv steigen?

84. Abgeordneter **Menzel** (SPD)

Beabsichtigt die Bundesregierung, Bestimmungen zu erlassen, durch die Rauchgasentschwefelung über den in der Welt bisher praktizierten Umfang hinaus vorgeschrieben werden?

85. Abgeordneter **Sick** (CDU/CSU)

Liegen der Bundesregierung Unterlagen über die Nebentätigkeiten von Beschäftigten im öffentlichen Dienst im Bereich der freiberuflichen Dienstleistungen vor?

86. Abgeordneter **Sick** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung etwas über den Umfang dieser Nebentätigkeiten bekannt, und ist sie gegebenenfalls bereit, darüber Feststellungen zu treffen?

87. Abgeordneter **Engelsberger** (CDU/CSU)

Ist es zutreffend, daß Polizeibeamte im Bundesdienst, wie etwa die Grenzschutzbeamten der Antiterroristengruppe GSG 9, vielfach als Beamte auf Widerruf, im Fall einer Schädigung bei einem Kommando unter Einsatz ihres Lebens mit der Folge des Eintritts der Polizeidienstuntauglichkeit bei Erwerbsminderung unter 90 v. H. ohne Entschädigung oder etwa Überführung in einen anderen als den Polizeidienst entlassen werden, und hält die Bundesregierung diese Rechtslage nach dem Bundesbeamtengesetz und Bundespolizeibeamtengesetz mit der Folge, daß diese verdienten Beamten persönlich großen Schaden haben, für weiterhin tragbar?

88. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung dem guten Beispiel der schwedischen Regierung folgen und für das Jahr 1978 auf die im öffentlichen Dienst eintretenden Gehaltserhöhungen für die Mitglieder des Bundeskabinetts verzichten?

89. Abgeordneter **Broll** (CDU/CSU)

Welche Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung aus der Tatsache zu ziehen, daß bei Abflug der später entführten Lufthansa-Maschine aus Mallorca keinerlei Sicherheitsüberprüfungen vorgenommen worden sind, wie auch zum Beispiel zur gleichen Zeit auf dem Flugplatz von Gran-Canaria Passagiere ohne jegliche Kontrolle in deutsche Flugzeuge gelangen konnten?

90. Abgeordneter **Dr. Spöri** (SPD)

Treffen Zeitungsberichte zu, das amerikanische Energieministerium habe angeboten, daß die USA Nuklearabfälle anderer Staaten bis zu einer endgültigen Regelung des atomaren Entsorgungsproblems übernehmen werden, und welche Bedeutung hätte ein derartiges Angebot aus der Sicht der Bundesregierung auf die Pläne zur Zwischenlagerung ausgebrannter Brennelemente?

91. Abgeordneter **Coppik** (SPD)

Ist der Bundesregierung eine rechtsextremistische Organisation, die sich Law und Order-Vereinigung nennt und offenbar zumindest in Frankfurt und Hamburg Mitglieder hat, bekannt, und welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung gegebenenfalls über deren Aktivitäten vor?

92. Abgeordneter **Dr. Jentsch (Wiesbaden)** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die öffentlich geäußerte Meinung, daß die Sicherheitskontrollen auf den deutschen Flughäfen, insbesondere auf dem Rhein-Main-Flughafen Frankfurt, völlig ineffizient sind, und welche Maßnahmen hält sie für erforderlich, um die Sicherheit der Flugpassagiere und des fliegenden Personals zu gewährleisten?

93. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)

Welche besonderen Maßnahmen ergreift die Bundesregierung zur Hilfe und Eingliederung für entlassene politische Häftlinge aus der DDR, wenn sie in der Bundesrepublik Deutschland eingetroffen sind und zwar unmittelbar nach ihrem Eintreffen und langfristig?

94. Abgeordneter **Dr. Jahn (Münster)** (CDU/CSU)

Zu welchen Ergebnissen ist die durch Kabinettsbeschluß im Bundesinnenministerium gebildete Arbeitsgruppe gekommen, die der Bundesregierung Vorschläge zum Abbau der Benachteiligung in der Beamtenversorgung erarbeiten soll, und wann wird der für den Herbst dieses Jahrs in Aussicht gestellte Bericht vorgelegt?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

95. Abgeordneter **Dr. Langner** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung des parlamentarischen Staatssekretärs Offergeld, daß die Bedeutung der Steuern als Kostenelement im Gesamtkalkül der Unternehmen nicht überbewertet werden dürfe (vgl. Frankfurter Rundschau vom 11. Oktober 1977)?

96. Abgeordneter **Dr. Langner** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung in der Feststellung des parlamentarischen Staatssekretärs Offergeld, „bei einem Bruttoinlandsprodukt 1976 von 1125 Milliarden DM betrug die Unternehmensbelastung an Steuern insgesamt etwa 60 Milliarden DM“ (vgl. Frankfurter Rundschau vom 11. Oktober 1977), eine aussagekräftige Verbindung zweier Vergleichsgrößen, die die Behauptung der vorangegangenen Frage begründen könnte, und wie schlüsselt sich die Summe von 60 Milliarden DM Steuern nach Arten und Aufkommensbeträgen auf?

97. Abgeordneter **Kittelmann** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung, die steuerliche Absetzung von Spesen bei Dienst- und Geschäftsreisen, die zum letzten Mal vor vier Jahren angehoben worden sind, in naher Zukunft und wenn ja, in welchem Umfang zu verändern?

98. Abgeordneter **Kittelmann** (CDU/CSU)

Besteht die Absicht, die km-Pauschale bei Benutzung des eigenen Pkw's, die zur Zeit in Höhe von 0,32 DM pro km gewährt wird, anzuheben, da durch diese Pauschale die entstehenden Kosten derzeit nicht mehr gedeckt werden?

99. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Welche Konzeption hat die Bundesregierung hinsichtlich der dem Bund gehörenden Banken bzw. Kreditanstalten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

100. Abgeordneter **Wolfram (Recklinghausen)** (SPD)

Trifft es für den Bereich der Rechtsetzungs- und Richtlinienkompetenz des Bundes zu, daß die bestehenden Baugesetze, Verordnungen, Erlasse und Richtlinien in vielen Städten bei konsequenter Anwendung weder die Errichtung von Neubauten noch die Altbausanierung zulassen, wie nach einer Meldung im Handelsblatt vom 13. September 1977 vom Präsidenten der nordrhein-westfälischen Architektenkammer für Bund und Länder dargelegt wurde, und wenn ja, was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um diese Hemmnisse abzubauen?

101. Abgeordneter **Wolfram (Recklinghausen)** (SPD)

Verfügt die Bundesregierung über Erkenntnisse darüber, daß die den Ländern und Gemeinden obliegende Durchführung der Baugenehmigungsverfahren trotz sinkender Zahl von Bauanträgen immer größere Zeit beansprucht und die Altbausanierung durch bauordnungsrechtliche Bestimmungen hinsichtlich des Brandschutzes beeinträchtigt wird, und wenn ja, welche Möglichkeiten zeichnen sich in den Erörterungen zwischen der Bundesregierung und den für das Bauwesen zuständigen Landesressorts ab, hier Abhilfe zu schaffen?

102. Abgeordneter **Immer (Altenkirchen)** (SPD)

Inwieweit ist die Bundesregierung in der Lage und bereit, darauf hinzuwirken, daß die Übung öffentlicher Bauträger im Bereich des Hoch- und Tiefbaus, vor Auftragserteilung den Baufirmen Bankbürgschaften abzuverlangen und nach Fertigstellung innerhalb einer 5jährigen Gewährleistungsfrist Zahlungen bis zu 20 v. H. der Gesamtsumme vorzuenthalten, im Blick auf eine positive Konjunkturentwicklung abgebaut wird?

103. Abgeordneter **Dr. Schneider** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung die von der Freien und Hansestadt Hamburg gewährte Umzugsprämie zum Abbau von Fehlbelegungen im Sozialwohnungsbestand für eine geeignete Maßnahme zur Bewältigung dieses Problems, und welche Konsequenzen ergeben sich für die Bundesregierung daraus in bundesweiter Hinsicht?

104. Abgeordneter **Dr. Jahn (Münster)** (CDU/CSU)

Aus welchen Überlegungen heraus soll sich nach Auffassung der Bundesregierung die Bewilligung der Förderungsmittel für heizenergiesparende Investitionen in bestehenden Gebäuden grundsätzlich nur nach der Reihenfolge der eingehenden Anträge (sogenanntes Windhundverfahren) richten?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

105. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Warum ist die Bundesregierung der Auffassung (Antwort auf Frage 10, Drucksache 8/899), daß die öffentliche Diskussion über die von der Bundesregierung zu Recht als völkerrechtswidrig bezeichnete Konfiskation deutschen Privatvermögens durch Polen weder den Betroffenen noch der Entwicklung der Beziehungen beider Länder helfen

kann, obwohl einerseits nach öffentlicher Diskussion polnischen Sozialversicherungsansprüchen aus dem 2. Weltkrieg mit hohen globalen Summen abgeholfen wurde und obwohl andererseits fortdauernder Völkerrechtsbruch nach Lehre und Staatenpraxis den Beziehungen der Länder nicht nützt, sondern sie vielmehr stört?

106. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Einschätzung des Botschafters von Wechmar in seinem Interview in der „Welt" vom 6. Oktober 1977, wonach die „Mitglieder der UNO glauben", daß „die nationale deutsche Frage" eine „Regelung" u. a. durch die Schlußakte von Helsinki und den Grundlagenvertrag gefunden habe, und gehört es nicht gerade zu den wesentlichen Aufgaben der deutschen Außenpolitik, also auch der Vertretung bei den Vereinten Nationen, demgegenüber die in der Präambel des Grundgesetzes festgelegten Grundsätze nach außen beharrlich zu vertreten?

107. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung die Aussage des Bundeskanzlers, die er am 3. Oktober 1977 in einer Belegschaftsversammlung in Berlin gemacht hat, Berlin sei „kein Bestandteil der Bundesrepublik", für staats- und verfassungsrechtlich korrekt und zulässig?

108. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß der Bundeskanzler durch Weglassen des entscheidenden Klammerzusatzes, um den von den Westmächten in den Verhandlungen mit der Sowjetunion lange gerungen worden ist, die ohnehin problematischste Passage des Viermächteabkommens, die Westsektoren seien kein Bestandteil (konstitutiver Teil) der Bundesrepublik Deutschland, weiter verschärft und so für die deutsche Politik untragbar gemacht hat, und wenn ja, warum hat der Bundeskanzler dies getan?

109. Abgeordneter **Kunz (Berlin)** (CDU/CSU)

Wie ist die Äußerung des Bundeskanzlers, Berlin sei „kein Bestandteil der Bundesrepublik", mit den von der Bundesregierung bekräftigten Ausführungen von Staatssekretär Günther Hartkopf im Mai 1977 zu vereinbaren, Berlin sei ein Bundesland der Bundesrepublik Deutschland und die Bundesorgane seien – soweit die Vorbehalte der drei Westmächte nicht greifen – verfassungsrechtlich gehalten, Berlin voll und ganz als Land der Bundesrepublik Deutschland zu behandeln?

110. Abgeordneter **Kunz (Berlin)** (CDU/CSU)

Wie will die Bundesregierung in Zukunft noch Staatsbesucher veranlassen, auch West-Berlin zu besuchen, wenn der Bundeskanzler uneingeschränkt und öffentlich die Meinung vertritt, Berlin sei „kein Bestandteil der Bundesrepublik"?

111. Abgeordneter **Schmöle** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß Beschlüsse von Parteigremien der SPD und FDP bezüglich eines Moratoriums für den Bau von Kernkraftwerken bei offiziellen brasilianischen Stellen hinsichtlich der Folgen für das deutsch-brasilianische Nuklearabkommen zu erheblicher Beunruhigung und Verunsicherung geführt haben, und ist sie in dieser Frage gegebenenfalls tätig geworden?

112. Abgeordneter **Schmöle** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung Angaben darüber machen, welche wirtschaftlichen Folgen – insbesondere für den Verlust von Arbeitsplätzen – ein Scheitern des deutsch-brasilianischen Nuklearabkommens in der Bundesrepublik Deutschland haben würde?

113. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

Steht nach dem Besuch des Bundesaußenministers in Bulgarien zu erwarten, daß die von Bulgarien seit vielen Jahren betriebenen Störsendungen gegen die Deutsche Welle und Radio Free Europe – nicht zuletzt auch im Hinblick auf die KSZE-Schlußakte und das Belgrader Überprüfungstreffen – eingestellt werden?

114. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

Auf welchen Tatsachen basiert die Erklärung der Bundesregierung, vorgetragen von Botschafter Per Fischer auf dem Belgrader KSZE-Überprüfungstreffen (Nachrichtenspiegel des Bundespresseamts), daß „Die gestiegene Anzahl von Familienzusammenführungen" u. a. „aus der Sowjetunion und der CSSR ermutigend" sei?

115. Abgeordneter **Daweke** (CDU/CSU)

Entspricht die Äußerung des Bundeskanzlers, Berlin sei kein Bestandteil der Bundesrepublik Deutschland, einer Tendenz des Bundeskanzlers, wie sie gegebenenfalls schon 1969 in seinem Buch „Strategie des Gleichgewichts" zum Ausdruck kam, in dem er den Rechtsstatus der Stadt als unscharf und deshalb leicht verletzbar und schwierig zu verteidigen bezeichnete?

116. Abgeordneter **Daweke** (CDU/CSU)

Steht die Bundesregierung noch zu den Ausführungen von Staatssekretär Dr. Hartkopf im Mai dieses Jahrs in Berlin, in denen er Berlin als ein Bundesland der Bundesrepublik Deutschland bezeichnete, und falls ja, wie läßt sich diese Auffassung mit dem erwähnten Zitat des Bundeskanzlers in Übereinstimmung bringen?

117. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Treffen Pressemeldungen zu, wonach zahlreiche Rußlanddeutsche im Raum von Alma Ata, die wegen Verweigerung der Erlaubnis zu ihrer Ausreise aus der UdSSR ihre Staatsangehörigkeit aufgegeben hatten, durch erheblichen Druck der sowjetischen Behörden gezwungen worden sind, ihre Inlandspässe wieder anzunehmen, und was wird die Bundesregierung tun, um bei der Regierung der UdSSR die Erlaubnis zur Ausreise dieser Personen in die Bundesrepublik Deutschland zu erreichen?

118. Abgeordneter **Stommel** (CDU/CSU)

Was hat die Bundesregierung bisher unternommen, um Dr. Todenhöfer als Mitglied des Deutschen Bundestags vor öffentlichen Angriffen ausländischer Repräsentanten auf deutschem Boden zu schützen, wie sie von der botswanischen Ministerin Chiepe anläßlich eines entwicklungspolitischen Kongresses in Wiesbaden und später von dem tansanischen Botschafter in Bonn, Daniel Mloka, erfolgt sind?

119. Abgeordneter **Stommel** (CDU/CSU)

Welche Maßnahmen sehen von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichnete internationale Abkommen für den Fall von Einmischung eines Botschafters in innerpolitische Angelegenheiten des jeweiligen Gastlandes vor, insbesondere auch bei damit verbundenen Angriffen gegenüber Repräsentanten des dortigen Parlaments, und will die Regierung diese Bestimmungen auch im Fall des Botschafters Mloka beachten?

B. Schriftliche Anfragen gemäß IV. der Richtlinien sowie Fragen gemäß I. der Richtlinien, um deren schriftliche Beantwortung bis zur Drucklegung gebeten wurde

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

1. Abgeordneter **Dr. Mertes (Gerolstein)** (CDU/CSU)

Teilt der Bundeskanzler und mit ihm die gesamte Bundesregierung nach wie vor uneingeschränkt die im Auftrag des Bundesministers des Auswärtigen veröffentlichten Ausführungen des seinerzeitigen Leiters der politischen Abteilung und heutigen Staatssekretärs des Auswärtigen Amts, Günter van Well, zur Außenvertretung Berlins (West) im Heft 20 des Europa-Archivs vom 25. Oktober 1976, insbesondere seine zutreffende Darstellung des Gesamtzusammenhangs des Satzes aus den die Westsektoren betreffenden Bestimmungen des Viermächteabkommens über Berlin, „daß die Westsektoren Berlins so wie bisher kein Bestandteil (konstitutiver Teil) der Bundesrepublik Deutschland sind und auch weiterhin nicht von ihr regiert werden"?

2. Abgeordneter **Dr. Mertes (Gerolstein)** (CDU/CSU)

Wie erklärt die Bundesregierung die auch in dem genannten van Well Aufsatz hervorgehobene Tatsache, daß die Worte „so wie bisher" und „auch weiterhin" im vorgenannten Satz in östlichen Erklärungen über die Rechtsnatur der Bindungen der Westsektoren der Hauptstadt Deutschlands an die Bundesrepublik Deutschland weggelassen werden, so daß dabei die Begriffe „kein Bestandteil (konstitutiver Teil)" und „nicht von ihr regiert werden" eine rechtlich und politisch falsche Auslegung erfahren?

3. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß Deutsche in Rumänien am Zugang zur deutschen Botschaft in Bukarest gehindert werden, und wenn ja, was gedenkt die Bundesrepublik Deutschland gegen solche den freien Verkehr mit der deutschen Botschaft behindernde Tatsachen – auch angesichts der umfangreichen und wachsenden Kredit- und Wirtschaftshilfen an Rumänien – zu unternehmen?

4. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Sind nach dem Völkervertragsrecht bezüglich der Verwirklichung von Menschenrechten die konkretisierten und erweiterten Rechtsverpflichtungen der UN-Menschenrechtpakte im gegenseitigen Vertragsverhältnis zwischen zwei Vertragsparteien auch dann voll wirksam, wenn frühere zweiseitige Abkommen zwischen den betreffenden Vertragspartnern weniger konkrete und weniger umfassende Rechtsverpflichtungen enthielten?

5. Abgeordneter **Graf Huyn** (CDU/CSU)

Bei wieviel Gelegenheiten in der Sitzungsperiode 1976 haben Vertreter der Bundesregierung vor den Vereinten Nationen – Generalversammlung oder Ausschüsse – auf die Verletzung der Menschenrechte in den bereits in meiner Anfrage Nr. 163, deren Beantwortung die von mir gewünschte genaue Angabe der zahlenmäßigen Gliederung der einzelnen Stellungnahmen nicht enthält, genannten drei Fallgruppen auf die Verletzung der Menschenrechte hingewiesen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

6. Abgeordneter **Dr. Hubrig** (CDU/CSU)

Ist die Sicherheit von Flüssiggastransportschiffen insbesondere gegen terroristische Angriffe ausreichend gewährleistet, und wenn nein, welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus?

7. Abgeordneter **Regenspurger** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die verantwortlichen Stellen in Rom es abgelehnt haben, das von Terroristen entführte Lufthansaflugzeug bei seinem Eintreffen auf dem Flugplatz der italienischen Hauptstadt bewegungsunfähig zu machen, und wenn ja, wie beurteilt die Bundesregierung dieses Verhalten unter politischen, rechtlichen und humanitären Gesichtspunkten?

8. Abgeordneter **Regenspurger** (CDU/CSU)

Wer oder was hat die Bundesregierung daran gehindert, in den seit der Entführung Hanns Martin Schleyers vergangenen Wochen die Voraussetzungen für eine großflächige Suchaktion durch alle verfügbaren bewaffneten Kräfte des Bundes und der Länder zu schaffen und schließlich diese Razzia z. B. im Großraum Köln durchführen zu lassen?

9. Abgeordnete **Frau Will-Feld** (CDU/CSU)

Wie hoch sind die durch das Gesetz zum Schutz von Fluglärm und den einschlägigen Verordnungen verursachten Mehraufwendungen für ein Einfamilienhaus?

10. Abgeordnete **Frau Will-Feld** (CDU/CSU)

Inwieweit können Bauwillige auf Grund des Gesetzes gegen den Fluglärm mit verlorenen Zuschüssen für notwendige Mehraufwendungen im Zusammenhang mit baulichen Schallschutzmaßnahmen rechnen?

11. Abgeordnete **Frau Will-Feld** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, sich durch entsprechende Zuschüsse oder anteilmäßige Erstattungen an den notwendigen Mehraufwendungen zu beteiligen?

12. Abgeordnete **Frau Will-Feld** (CDU/CSU)

Sind die Gemeinden, deren Planungshoheit durch das Gesetz zum Schutz gegen Fluglärm und die entsprechenden Verordnungen eingeschränkt worden ist, vor Erlaß der Verordnung über die „Festsetzung der Lärmschutzbereiche" seitens des Bundes gehört worden?

13. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Ist es nach Auffassung der Bundesregierung mit ihrem Ansehen zu vereinbaren, daß ein Parlamentarischer Staatssekretär des Bundesinnenministers die Mitgliedschaft im Beirat der Humanistischen Union (HU) annimmt bzw. beibehält, wenn es zutrifft, daß der Bundesvorstand der HU den Bundesminister Dr. Maihofer von seiner Funktion als Mitglied im Beirat der HU entbunden hat, mit der Begründung, das Verhalten des Ministers in der „Affäre Traube" werde „für unvereinbar mit den von der HU vertretenen politischen und verfassungsrechtlichen Auffassungen" gehalten?

14. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die als Ergebnis einer Studie zum Datenschutz der Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung mbH Bonn vom Juni 1977 getroffene Feststellung, der konkrete Wirkungsbereich des Bundesdatenschutzgesetzes lasse sich insbesondere im öffentlichen Bereich nur schwer abschätzen, und welche Folgerungen insbesondere für eine mögliche Novellierung des Bundesdatenschutzgesetzes zieht die Bundesregierung aus den Ergebnissen der GMD-Studie zum Datenschutz vom Juni 1977?

15. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)

Liegt der Bundesregierung mittlerweile eine Antwort der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder vor, aus der hervorgeht, in welcher Weise der Text der deutschen Nationalhymne in den Schulen der Bundesrepublik Deutschland gelehrt wird, oder wann ist mit der Antwort (s. Antwort der Bundesregierung auf meine Frage B 112 Drucksache 8/458) zu rechnen?

16. Abgeordnete **Frau Hoffmann (Hoya)** (CDU/CSU)

Welche Maßnahmen unternimmt die Bundesregierung, die Einheiten des Bundesgrenzschutzes vor Anschlägen und Eingriffen zu schützen, und in welchem Umfang spielt hierbei der Einbau von Panzerglas in die Wachgebäude eine Rolle?

17. Abgeordneter **Dr. Müller-Emmert** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, welche Bemühungen der Deutsche Turnerbund unternommen hat, um die internationale Startberechtigung für den im Juni 1975 aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland gekommenen Turn-Vizeweltmeister Wolfgang Thüne beim Internationalen Turnerbund zu erwirken, und wie beurteilt die Bundesregierung die Aussage des Präsidenten des Internationalen Turnerbunds, Juri Titow (UdSSR), für die zeitliche Festlegung der neuen Startberechtigung von Wolfgang Thüne reiche das Datum der Ausstellung des Bundespersonalausweises nicht aus?

18. Abgeordneter **Dr. Müller-Emmert** (SPD)

Sieht die Bundesregierung die Möglichkeit, sich im Zusammenwirken mit den zuständigen deutschen Sportorganisationen und den deutschen Mitgliedern im Internationalen Olympischen Komitee dafür einzusetzen, daß der Turner Wolfgang Thüne zumindest nach Ablauf der dreijährigen Wartezeit, im Juni 1978, die internationale Startberechtigung für den Deutschen Turnerbund erhält?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

19. Abgeordneter **Dr. Hubrig** (CDU/CSU)

Gibt es internationale Vereinbarungen über die Regelung der Schäden beim Flüssiggastransport, wie wird dies im einzelnen geregelt, und wird die Bundesregierung gegebenenfalls für den Abschluß derartiger Vereinbarungen Sorge tragen?

20. Abgeordnete **Frau Schleicher** (CDU/CSU)

Liegen der Bundesregierung bereits Erkenntnisse über die Anwendung des Eherechtsreformgesetzes hinsichtlich des Versorgungsausgleichs vor, und wenn ja, werden durch diese Erkenntnisse auch für

andere Amtsgerichtsbezirke Berichte bestätigt, wonach, wie dies beim Amtsgericht Berlin-Charlottenburg der Fall sein soll, seit dem Inkrafttreten des neuen Eherechtsreformgesetzes noch nicht eine einzige Scheidung ausgesprochen wurde, bei der ein Versorgungsausgleich hätte vorgenommen werden müssen?

21. Abgeordnete **Frau Schleicher** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die von der Bundesregierung in ihrer Antwort vom 12. August 1977 auf meine Frage vom 15. Juli 1977 als Hilfe angepriesenen Formulare weder von den Anwälten noch von den Mandanten ohne weiteres richtig ausgefüllt werden können, und wie konnte gegebenenfalls die Bundesregierung angesichts dessen in ihrer Antwort davon sprechen, daß die Auskünfte der Versicherungsträger sichergestellt seien?

22. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)

Hält die Bundesregierung es für erforderlich, § 247 Abs. 1 BGB in der Fassung der Notverordnung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutze des inneren Friedens vom 8. Dezember 1931 zu ändern, um diese Vorschriften den heutigen Gegebenheiten anzupassen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

23. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Inwieweit ist die Bundesregierung bereit, den vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband im Februar 1977 vorgetragenen „Überlegungen zur langfristigen Stärkung des Eigenkapitals" zu folgen, insbesondere was die Änderung des § 10 Abs. 2 Nr. 4 des Gesetzes über das Kreditwesen bezüglich eines Haftungszuschlags für Anstaltslast und Gewährsträgerhaftung betrifft?

24. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Wieweit sind die Prüfungen der Vorschläge gediehen, eine teilweise Privatisierung der Sparkassen durch Aufnahme von privatem Kapital zuzulassen, oder will die Bundesregierung ohne jede Einschränkung an der öffentlich-rechtlichen Position und Funktion der Sparkassen festhalten?

25. Abgeordneter **Hasinger** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß ein öffentlicher Arbeitgeber, der statt eines steuerfreien Essenszuschusses den gleichen Betrag in ein Sozialwerk einzahlt, hierfür 25 v. H. Steuern zahlen muß, und sieht die Bundesregierung hier die Möglichkeit einer Gleichbehandlung?

26. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)

Wieviel Einsprüche gegen die aus konjunkturpolitischen Gründen für die Zeit vom 9. Mai 1973 bis zum 31. Dezember 1973 bestehende Aussetzung der Anwendung des § 7 b EStG liegen vor, und wie hoch schätzt die Bundesregierung die Steuerausfälle für den Fall einer nachträglichen Anwendung des § 7 b EStG für den genannten Zeitraum?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

27.	Abgeordneter **Dr. Riesenhuber** (CDU/CSU)	Verfügt die Bundesregierung über Erkenntnisse darüber, wie sich der spezifische Energieverbrauch in den einzelnen Wirtschaftsbereichen der Bundesrepublik Deutschland seit 1960 unter Berücksichtigung der Gliederung, die auch bei der Berechnung des Sozialprodukts verwendet wird, entwickelt hat, und wenn ja, wie stellt sich diese Entwicklung dar?
28.	Abgeordneter **Dr. Riesenhuber** (CDU/CSU)	Welche Erkenntnisse über die differenzierte Entwicklung der Wärme und des Elektrizitätsbedarfs bis 1985 lagen der Bundesregierung vor, als sie im März 1977 die „Eckwerte für ein neues Energieprogramm" verkündete?
29.	Abgeordneter **Roth** (SPD)	Wie weit sind die Vorarbeiten zu der in der Regierungserklärung vom 16. Dezember 1976 angekündigten regelmäßigen Strukturberichterstattung gediehen, und wann ist mit einem endgültigen Auftrag an die beteiligten Institute zu rechnen?
30.	Abgeordneter **Roth** (SPD)	Wie lange werden die Institute mit den Berichten beschäftigt sein, und wann wird die Bundesregierung zu den Berichten Stellung nehmen, anläßlich des Jahreswirtschaftsberichts 1979 oder 1980?
31.	Abgeordneter **Voigt (Frankfurt)** (SPD)	Hat die Bundesregierung eine Vorstellung, welche Tiefengliederung bei welchen Merkmalen für das warenproduzierende Gewerbe und den Dienstleistungsbereich auf Grund vorhandener Statistiken in der Strukturberichterstattung erreichbar sein wird?
32.	Abgeordneter **Voigt (Frankfurt)** (SPD)	Kann die Bundesregierung einen Überblick geben, was regelmäßige Kernberichterstattung beim Strukturbericht sein soll, und welche Spezialuntersuchungen nötig sind?
33.	Abgeordneter **Dr. Riesenhuber** (CDU/CSU)	Ist die Bundesregierung der Ansicht, daß die Rechnung des Verhältnisses des Sozialprodukts zum Primärenergieverbrauch und des sogenannten Elastizitätskoeffizienten unter Berücksichtigung der statistischen Fehler sowohl bei der Berechnung des Sozialprodukts als auch insbesondere beim Primärenergieverbrauch bei einem zunehmenden Einsatz der Kernenergie übehaupt noch eine Basis für Prognosen über den Energiebedarf liefert?
34.	Abgeordneter **Dr. Riesenhuber** (CDU/CSU)	Welche Sektoren in der Volkswirtschaft werden bei der Berechnung der Entstehung des Sozialprodukts berücksichtigt, wie hoch ist der Energieverbrauch, der Elektrizitätsverbrauch und der Beitrag zum Sozialprodukt in den Jahren 1970 bis 1976?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

35. Abgeordneter **Röhner** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung zwecks Nutzung der EG-Zuschüsse zu den nationalen Schulmilchprogrammen bereit, umgehend eine Klärung der Kompetenzstreitigkeiten bezüglich des Finanzierungsanteils zwischen Bund und Ländern herbeizuführen, um dadurch die in Brüssel bereitgestellten Millionen nicht verfallen zu lassen, und ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, den nationalen Anteil am Schulmilchprogramm aus Mitteln des Bundeshaushalts zu finanzieren?

36. Abgeordneter **Röhner** (CDU/CSU)

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um andere Milchgetränke wie Kakao und dergleichen in das EG-Schulmilchprogramm aufzunehmen, um damit den differenzierten Trinkbedürfnissen der deutschen Schüler Rechnung zu tragen?

37. Abgeordnete **Frau Schuchardt** (FDP)

Wie beurteilt die Bundesregierung die in der FAZ vom 19. Oktober 1977 erwähnte und von der amerikanischen National Academy of Sciences veröffentlichte Liste von neuen Nutzpflanzen und deren Verwendbarkeit in Entwicklungsländern, und wird die Bundesregierung als Mitglied des Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD) ein solches Forschungsprojekt beantragen?

38. Abgeordneter **Oostergetelo** (SPD)

Kann die Bundesregierung mitteilen, in welchen Bundesländern Schulmilchprogramme im Schuljahr 1977/78 durchgeführt werden?

39. Abgeordneter **Oostergetelo** (SPD)

Wieviel Mittel stehen für die Bundesrepublik Deutschland zur Verbilligung von Schulmilch aus dem Brüsseler Agrarfonds insgesamt zur Verfügung, und teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß in allen Schulen, in denen die technischen Voraussetzungen gegeben sind, verbilligte Milch angeboten werden sollte?

40. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Welche beruflichen Möglichkeiten eröffnen sich für junge deutsche Landwirtschaftsfachleute (Agrar- und Agrardiplomingenieure) durch den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zum Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD), in den jährlich über 126 Millionen DM entrichtet wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

41. Abgeordneter **Dr. Zeitel** (CDU/CSU)

Sind im unmittelbaren oder mittelbaren Verantwortungsbereich der Bundesregierung Erkenntnisse darüber gesammelt worden, wieviel Prozent der Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland einen Anspruch auf eine betriebliche Altersversorgung erworben haben, und wenn ja, welche Erkenntnisse liegen vor?

42. Abgeordneter **Dr. Becker (Frankfurt)** (CDU/CSU)

Zieht die Bundesregierung eine Selbstbeteiligung bei den Krankenhausbenutzungskosten in Erwägung, nachdem, wie im Bericht des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit zu lesen war, Frau Antje Huber bei der 50. Arbeits- und Sozialministerkonferenz in Ludwigsburg als Ursache der Fehlbelegung von Krankenhausbetten mit Pflegebedürftigen u. a. die Übernahme der gesamten Kosten bei dem Krankenhausaufenthalt durch die Krankenkassen nannte, was im Gegensatz zur Regelung in der Sozialhilfe alte Menschen nicht zwinge, ihre Rente miteinzusetzen?

43. Abgeordneter **Dr. Evers** (CDU/CSU)

Welche Gründe sind dafür maßgebend, daß die tägliche Schichtzeit eines Kraftfahrers im gewerblichen Straßengüterverkehr bis zu zwölf Stunden pro Tag bz. pro Schicht betragen kann, wobei als Schichtzeit neben der Lenkzeit (bis zu acht Stunden pro Tag) und der Arbeitsbereitschaft (Be- und Entladen) auch die vom Kraftfahrer eingelegten Ruhepausen angerechnet werden?

44. Abgeordneter **Dr. Evers** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus, daß die Einbeziehung der Ruhepausen dazu führen kann, daß die Fahrer angehalten werden, nur die gesetzlich vorgeschriebenen Ruhepausen von einer Stunde pro Schicht einzuhalten, damit die Schichtzeit nicht durch zusätzlich eingelegte Ruhepausen überschritten wird, und daß dadurch u. U. eine Verkehrsgefährdung hervorgerufen wird, daß zusätzlich eingelegte, vielleicht aus gesundheitlichen Gründen notwendige Ruhepausen durch Überschreiten der Schichtzeit bestraft werden?

45. Abgeordneter **Schedl** (CDU/CSU)

Welche Wünsche finanzieller Art zur Erleichterung der Heimkehr von jugoslawischen Arbeitnehmern wurden bei dem Besuch des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung in Jugoslawien an die Bundesregierung herangetragen, und welche Vorstellungen entwickelt die Bundesregierung dazu unter Berücksichtigung der Präzedenzwirkungen für andere Herkunftsländer?

46. Abgeordneter **Schedl** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß drei Jahre lang von der Arbeitsverwaltung die Ermittlung von Fällen mißbräuchlicher Inanspruchnahme von Leistungen „hintenangesetzt" wurde, und wenn ja, warum ist die Bundesregierung im Rahmen der ihr obliegenden Rechtsaufsicht nicht dagegen eingeschritten, und wie vereinbart die Bundesregierung dies mit dem Grundsatz der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung?

47. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Warum hat Bundesminister Dr. Ehrenberg in seinem Referat vor der Studien- und Fördergesellschaft der schleswig-holsteinischen Wirtschaft am 10. Oktober 1977 bei einer Aufzählung der Problemgruppen des Arbeitsmarkts nicht auch die Schwerbehinderten genannt, bedeutet dies etwa, daß die Schwerbehinderten nach Auffassung der Bundesregierung nicht mehr zu den Problemgruppen des Arbeitsmarkts gehören?

48. Abgeordneter **Müntefering** (SPD)	Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit zu erreichen, daß ehemaligen deutschen Bürgern, die nach dem 8. Mai 1945 Bürger der CSSR wurden und inzwischen Bürger der Bundesrepublik Deutschland geworden sind, die in der CSSR zurückgelegten Versicherungszeiten auf ihre Rentenansprüche in der Bundesrepublik Deutschland angerechnet werden?
49. Abgeordneter **Müntefering** (SPD)	Wie beurteilt die Bundesregierung das gleiche Problem bei solchen Bürgern, die als Kinder des in der vorstehenden Frage bezeichneten Personenkreises erst nach dem 8. Mai 1945 in der CSSR geboren wurden und inzwischen Bürger der Bundesrepublik Deutschland geworden sind?
50. Abgeordnete **Frau Dr. Lepsius** (SPD)	Kann die Bundesregierung eine vergleichende Übersicht der Beitragsschwankungen bei den Ersatzkassen und den privaten Krankenkassen – nach oben und unten – für 1977 geben, dies beispielhaft belegen und eine Wertung der unterschiedlichen Beitragsentwicklung anschließen?
51. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)	Was wird die Bundesregierung unternehmen, daß bei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen die aufgesplitterten Finanzierungsmöglichkeiten aus vielen Programmen zusammengefaßt, die Förderungsvoraussetzungen vereinheitlicht und vereinfacht werden, mit dem Ziel diese Maßnahmen künftig erfolgreicher zu gestalten?
52. Abgeordneter **Dr. Becker (Frankfurt)** (CDU/CSU)	Ist es nach Auffassung der Bundesregierung ein Mißbrauch des Aufsichtsrechts des Bundesarbeitsministers über die ärztlichen Körperschaften, wenn dieser die ärztlichen Körperschaften – wie durch das Schreiben vom 5. Oktober geschehen – wegen des von ihnen gar nicht herausgegebenen, sondern allenfalls empfohlenen Blatts – thema 1 Gesundheit – zur Rede stellt?
53. Abgeordneter **Dr. Becker (Frankfurt)** (CDU/CSU)	Hat sich das Aufsichtsrecht des Bundesarbeitsministers über die ärztlichen Körperschaften nicht darauf zu beschränken, daß diese Gesetze und Satzung innehalten, und haben nicht auch die ärztlichen Körperschaften das Recht der freien Meinungsäußerung im Sinne von Artikel 5 des Grundgesetzes gegenüber Gesetzen wie dem sogenannten Kostendämpfungsgesetz?
54. Abgeordneter **Dr. Warnke** (CDU/CSU)	Welche Entscheidung hat das Bundesarbeitsministerium über den Antrag der Bayerischen Staatsregierung getroffen, in Hof und Würzburg je ein Ausbildungswerk für 200 Behinderte zu errichten?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

55. Abgeordneter **Würtz** (SPD)	Sind dem Bundesverteidigungsminister Untersuchungen bekannt, wonach Soldaten, die auf Grund der besonderen Altersgrenzen vorzeitig in den Ruhestand treten, früher sterben als andere Berufsgruppen, und ist an eine Änderung der Altersgrenze gedacht?

56. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Denkt der Bundesverteidigungsminister – gerade auch im Hinblick auf die Vorgänge an der Bundeswehrhochschule in München – daran, die in der ZDv 12/1 „Politische Bildung in der Bundeswehr“ vorgesehene Anlage 4 „Anteil der Politischen Bildung an der Aus-, Fort- und Weiterbildung der Unteroffiziere und Offiziere“ in Kürze zu erlassen?

57. Abgeordnete **Frau Dr. Lepsius** (SPD)

Kann die Bundesregierung dafür Sorge tragen, daß der ins Auge gefaßte Neubau der Standortverwaltung Achern noch vor 1980 in Bau gehen kann, wenn die planerischen Arbeiten abgeschlossen sind, damit die militärischen und zivilen Dienststellen des Ortenaukreises, des Stadtkreises Baden-Baden und des Landkreises Rastatt so bald wie möglich zentral und angemessen untergebracht werden können?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

58. Abgeordneter **Müller (Bayreuth)** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, durch Rechtsverordnung die Kennzeichnung von Produkten der Massentierhaltung in Einzelhandelsgeschäften sicherzustellen?

59. Abgeordneter **Dr. Jenninger** (CDU/CSU)

Kann auf Grund der Äußerung des Parlamentarischen Staatssekretärs Zander auf der Bundeskonferenz der Arbeiterwohlfahrt in Travemünde, daß Mißbräuche in den Sozialämtern seltener als bei den Finanzämtern seien und dem Staat durch Steuerbetrug und Subventionsschwindel mehr Geld verloren gehe als durch ungerechtfertigte Inanspruchnahme von bescheidenen Sozialhilfen, die Bundesregierung die Höhe dieser finanziellen Verluste bekannt geben?

60. Abgeordnete **Frau Schleicher** (CDU/CSU)

Wann wird die Bundesregierung die Arzneimittel, die als Suchtmittel mißbraucht werden, den strengen Vorschriften für Betäubungsmittel unterwerfen, und warum ist dies bisher nicht geschehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

61. Abgeordneter **Müller (Bayreuth)** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, auf die Deutsche Bundesbahn einzuwirken, daß im Interesse einer besseren Flächenbedienung die Wartezeiten für Anschlußverbindungen an das IC-Netz maximal 30 Minuten nicht übersteigen?

62. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, die Deutsche Lufthansa zum Aufbau eines Regionalflugnetzes zu ermuntern?

63. Abgeordneter **Jung** (FDP)

Liegen aus den laufenden Modell- und Naturversuchen bereits positive Zwischenergebnisse vor, die erkennen lassen, daß auch andere technische Lösungen als der Bau von Staustufen – z. B. künstliche Geschiebezugabe und Einbau von Sohlschwellen – geeignet sind, die Erosion des Rheinbettes zu verhindern, und warum wurde gegebenenfalls für den Bau der Staustufe Neuburgweier bereits die Einleitung eines raumordnerischen Verfahrens beantragt, obwohl die Modell- und Naturversuche noch nicht abgeschlossen sind?

64. Abgeordneter **Jung** (FDP)

Wurde das raumordnerische Verfahren auf der Basis einer Planung beantragt (bei Rhein-km 353,85), die wasserbautechnisch ungünstiger und finanziell wesentlich teurer ist als die optimale Planung bei Rhein-km 354,2, und ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, nachdem die Gemeinde Neuburg bereits ihren entschiedenen Widerstand gegen den Standort bei Rhein-km 353,85 erklärt hat, einen alternativen Standort in unmittelbarer Grenznähe – etwa zwischen Rhein-km 352,00 und 353,00 – zu untersuchen?

65. Abgeordneter **Jung** (FDP)

Warum wurde mit den Bauarbeiten am neuen deutsch-französischen Grenzübergang zwischen Neulauterburg und Scheibenhardt (Route industrielle – B 9) noch nicht begonnen, obwohl für diese besonders dringliche Maßnahme bereits im vergangenen Jahr zusätzliche Bundesmittel bereitgestellt wurden?

66. Abgeordneter **Wimmer (Mönchengladbach)** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, aus welchen Verkehrsräumen die Auffahrt im Raum Keyenberg/Borschemich zur Autobahn Mönchengladbach/Venlo (Westtangente Mönchengladbach, A 61) von den Verkehrsteilnehmern im wesentlichen benutzt wird?

67. Abgeordneter **Wimmer (Mönchengladbach)** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung geeignete Schritte unternehmen, um die derzeitige behelfsmäßige Auffahrt in eine endgültige Auffahrt umzuwandeln, damit die derzeitige Entlastung der Ortsteile Wanlo und Wickrathberg der Stadt Mönchengladbach vom Durchgangsverkehr auf Dauer gewährleistet wird?

68. Abgeordneter **Dr. Schmidt (Gellersen)** (SPD)

Gibt es für die Straßenbauämter in den Ländern verbindliche Vorschriften des Bundes über die Ausgestaltung von Brückenbewehrungen, für Wasserdurchlässe und über die Sichtbarmachung von Wegeeinmündungen, und wenn ja, ist die Bundesregierung der Auffassung, daß dabei die Gesichtspunkte der Verkehrssicherheit ausreichend berücksichtigt werden?

69. Abgeordneter **Dr. Schmidt (Gellersen)** (SPD)

Gibt es für die Signalschauen verbindliche Vorschriften über die Zeiträume und über die zu beteiligenden Dienststellen und sonstige Personen, und, falls dies nicht der Fall ist, beabsichtigt die Bundesregierung, hierfür die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen?

70. Abgeordneter **Hoffie** (FDP)

Inwieweit sind Schäden der Umwelt, eine Zerstörung des Altmühltals durch den Bau des Main-Donau-Kanals bei den Gutachten über dieses Bauvorhaben berücksichtigt worden?

71. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung die Verfahrensvorschriften des derzeit geltenden Rechts zur Planung von Bundesfernstraßen in ihrer gegenwärtigen Umständlichkeit für nach wie vor erforderlich, oder erwägt sie eine Novellierung mit dem Ziel einer Vereinfachung und Beschleunigung dieser Verfahren?

72. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Hätte die in der Antwort der Bundesregierung vom 19. Oktober 1977 auf meine diesbezügliche Anfrage erwähnte Entscheidung des Bundeskabinetts zu der Verfahrensfrage, ob die überall dringend erwarteten Grenzwerte für den Lärmschutz durch ein Gesetz oder durch eine Rechtsverordnung festgelegt werden sollen, angesichts der Dringlichkeit dieser Fragen nicht längst erfolgen müssen, um diese Werte – wie von der Bundesregierung angekündigt – noch in diesem Jahr festlegen zu können?

73. Abgeordneter **Immer (Altenkirchen)** (SPD)

Inwieweit ist die Bundesregierung in der Lage und bereit, die Forderungen nach an den betroffenen Gebäuden einzurichtenden Lärmschutzanlagen, die von den Anwohnern der Auf- und Abfahrtrampen der Rheinbrücke Neuwied-Weißenthurm in der Stadt Neuwied erhoben werden, anzuerkennen und zu finanzieren?

74. Abgeordneter **Immer (Altenkirchen)** (SPD)

Inwieweit ist die Bundesregierung in der Lage und bereit, unter Verwendung nicht auszugebender Mittel des Bundesfernstraßenbaus, nun doch den bereits seit 15 Jahren in der Planung befindlichen hochwasser- und kreuzungsfreien Ausbau der Bundesstraße 42 in Neuwied-Fahr in Angriff zu nehmen, und welcher Zeitraum ist dafür vorgesehen?

75. Abgeordneter **Walther** (SPD)

Trifft es zu, daß, wie die Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands befürchtet, bei einer Zusammenführung der Busdienste von Bahn und Post zu Regionalgesellschaften des privaten Rechts für die Bediensteten erhebliche soziale Nachteile entstehen, z. B., daß Beamte von ihren bisherigen Dienststellen der Deutschen Bundesbahn bzw. der Deutschen Bundespost beurlaubt werden sollen, um zu niedrigeren Einkünften bei den regionalen Verkehrsgemeinschaften unter Nichtwahrung ihres Beamtenstatus eingesetzt zu werden?

76. Abgeordneter **Walther** (SPD)

Trifft die Befürchtung der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands zu, daß bei Einführung regionaler Verkehrsgemeinschaften (Zusammenführung der Busdienste von Deutscher Bundespost und Deutscher Bundesbahn) die bisher von Kraftwagenbetriebswerken der Deutschen Bundesbahn durchgeführten Unterhaltungsarbeiten an Privatfirmen vergeben werden sollen, wodurch bei den Bundeseinrichtungen Arbeitsplätze fortfallen?

77. Abgeordneter **Dr. Rose** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung auf Grund der neuen von der Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbahn (DB) vorgelegten Zahlen aus dem Personen- und Güterverkehr eine Veranlassung, das Sanierungskonzept der DB revidieren zu lassen und dabei auf besondere regionale Unterschiede Rücksicht zu nehmen?

78. Abgeordneter **Wolfgramm (Göttingen)** (FDP)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß in den Zeittaktgebieten der Deutschen Bundespost die Anrufe bei der Telefonseelsorge um ein Drittel zurückgegangen sind, und welche Möglichkeiten sieht die Deutsche Bundespost, in den Zeittaktgebieten Anrufe bei der Telefonseelsorge unentgeltlich zu ermöglichen?

79. Abgeordneter **Jung** (FDP)

Warum werden im Grenzraum oder gar an Grenzübergangsstellen von der Deutschen Bundespost öffentliche Fernsprechzellen eingerichtet von denen aus es unmöglich ist, Ferngespräche in das benachbarte Ausland zu führen, und kann die Deutsche Bundespost diesen, von Grenzbewohnern und Grenzgängern als erheblichen Mangel empfundenen Zustand baldmöglichst beseitigen?

80. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß eine weitere Zusammenfassung des Fernmeldezeugdienstes bei der Deutschen Bundespost als Rationalisierungsmaßnahme geplant ist und daß in Auswirkung hiervon z. B. beim Fernmeldezeugamt Malsch etwa 100 Arbeitsplätze von 160 derzeit vorhandenen eingespart werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

81. Abgeordneter **Gansel** (SPD)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, den Mieterschutz in Einliegerwohnungen in Anbetracht der steuerlichen Vorteile dieser Wohnungen für den Eigentümer zu verbessern?

82. Abgeordneter **Broll** (CDU/CSU)

Aus welchen Gründen sind im Programm zur Förderung heizenergiesparender Investitionen in bestehenden Gebäuden Maßnahmen zur Verringerung des Energiebedarfs in bestehenden Gebäuden durch außenliegende Sonnenschutzanlagen nicht berücksichtigt?

83. Abgeordneter **Hasinger** (CDU/CSU)

Sind der Bundesregierung Erlasse bekannt, nach denen Förderungen aus dem Programmteil D (Verbesserung der Wohnumwelt) des mehrjährigen Programms zur wachstums- und umweltpolitischen Vorsorge vom 23. März 1977 nur dann gewährt werden, wenn die von den Gemeinden eingereichten Projekte in Sanierungsgebieten mit vollständigem Sanierungsplan liegen, und wenn ja, sieht die Bundesregierung in solchen Erlassen eine ungerechtfertigte Einschränkung der Förderungsmöglichkeiten und eine Benachteiligung von Gemeinden, die ja Investitionsmaßnahmen beabsichtigen, nicht aber in größerem Stil sanieren?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

84. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Wieviel Gelder sind von der Bundesregierung im einzelnen seit dem Inkrafttreten des Grundlagenvertrags an die DDR gezahlt worden, um politische Häftlinge, Intellektuelle usw. im Wege einer Ausreise in die Bundesrepublik Deutschland „freizukaufen"?

85. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Wie bewertet die Bundesregierung die derzeitige Praxis der DDR, vorwiegend Intellektuelle, die dem SED-Regime unangenehm sind, aus der DDR „abzuschieben" und somit die Belange ausreisewilliger DDR-Bürger zurückzudrängen?

86. Abgeordneter **Rühe** (CDU/CSU)

Wie ist nach Ansicht der Bundesregierung die plötzliche Weigerung der DDR-Behörden zu beurteilen, bereits fest zugesagte Leihgaben für die am 21. Oktober in Hamburg beginnende Kunstausstellung „Runge in seiner Zeit" zur Verfügung zu stellen und zwar unter Hinweis auf ein ebenfalls für die Ausstellung vorgesehenes Exponat aus dem Preußischen Kulturbesitz?

87. Abgeordneter **Rühe** (CDU/CSU)

In welcher Form gedenkt die Bundesregierung Maßnahmen zu ergreifen, um derartigen Versuchen zu begegnen, auf kulturellem Gebiet Junktims zu schaffen, die die Rechtmäßigkeit des Preußischen Kulturbesitzes in Berlin bestreiten sollen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

88. Abgeordneter **Broll** (CDU/CSU)

In welchem Umfang wird im einzelnen die marktnahe Entwicklung von Erstinnovationen durch die Bundesregierung unterstützt, und wie erfolgt eine Abgrenzung zur Forschungs- und Entwicklungsförderung?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

89. Abgeordneter **Dr.-Ing. Laermann** (FDP)

Wie beurteilt die Bundesregierung – bildungspolitisch und verfassungsrechtlich – die doch sehr stark divergierenden Grenznoten bei der Hochschulzulassung in numerus clausus Fächern, die sich für das Wintersemester 1977/1978 erstmals auf Grund der Landesquotenregelung des Hochschulrahmengesetzes in Verbindung mit staatsvertraglichen Vorschriften ergeben haben?

90. Abgeordneter **Dr.-Ing. Laermann** (FDP)

Verfügt die Bundesregierung über Erkenntnisse darüber, wie groß der prozentuale Anteil der erfolgreichen Studienbewerber gemessen an der Gesamtzahl der Bewerber aus den einzelnen Ländern insbesondere in den Fächern Medizin, Zahnmedizin, Pädagogik, Pharmazie war, d. h. wie stark wurden die Zulassungschancen des einzelnen durch seine Landeszugehörigkeit bestimmt, und welche Folgerungen zieht die Bundesregierung gegebenenfalls daraus?

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

91. Abgeordneter **Dr. Warnke** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß der Rückfluß der im Rahmen der Entwicklungshilfe gegebenen Mittel von derzeit ca. 60 v. H. ständig weiter zurückgeht, und was gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls zu unternehmen, um dieser Entwicklung entgegenzutreten?

92. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Wieviel Entwicklungshilfeprojekte mit welcher Globalsumme wurden in Peru, das ein Schwerpunkt der deutschen Entwicklungshilfe darstellt, zugesagt, und welche Projekte wurden erfolgreich bereits abgeschlossen oder lassen einen erfolgreichen Abschluß, d. h. einen für die dortige Bevölkerung spürbaren Nutzen erwarten?

Bonn, den 21. Oktober 1977